



**Liebe Leserinnen und Leser,
liebe Kreistagsabgeordnete,**

nachdem im letzten Newsletter noch über die Unsicherheiten hinsichtlich einiger von der Landesregierung gemachten finanziellen Zusagen aus der Vergangenheit zu berichten war, konnte dies mittlerweile geklärt werden: Ein Gespräch der Vorsitzenden der Kommunalen Landesverbände mit dem Ministerpräsidenten am 7. März führte zu einer Bestätigung der Zusagen aus dem vergangenen Herbst. Insbesondere die Zusage, von den Investitionen in die Ganztagsbetreuung an Schulen 85 Prozent, von den Betriebskosten 75 Prozent zu übernehmen, gibt die notwendige Planungssicherheit. Auch die Bereitstellung von finanziellen Mitteln für die kommunale Wärmewende bleibt ein gutes Signal, auch wenn die Rahmenbedingungen hier noch nicht abschließend definiert sind. Der Vorstand des Landkreistages wird sich Anfang Mai auf einer Klausurtagung schwerpunktmäßig dieser großen Herausforderung widmen, die weit über die kommunale Wärmeplanung hinausgehen dürfte.

Die Absprachen mit der Landesregierung können aber nur zum Teil die erforderliche Rechtssicherheit geben: Einerseits sind zum Beispiel beim Ganztagsausbau neben den fiskalischen Fragen noch zahlreiche Details zu klären. Andererseits gibt es u. a. mit der Umsetzung der Ergebnisse der Kita-Evaluation und der Flüchtlingsfinanzierung weitere aktuelle Themen. Die vom Bund bereitgestellten Mittel für Unterbringung, Versorgung und Integration der Geflüchteten müssen vom Land vollumfänglich weitergeleitet werden. Hinsichtlich der Kita-Finanzierung sollten noch vor dem Sommer wesentliche Weichen gestellt und eine Aussage getroffen werden, wie und mit welchen Anteilen der Beteiligten die unbestreitbare Finanzierungslücke im SQKM geschlossen werden kann.

Und schließlich dürfte die Finanzlage des Landes, absehbar aber auch der Kommunen, es erforderlich machen, einige grundlegende Fragen (neu, wieder oder erstmals) zu diskutieren: Neben dem Aspekt, wie die auskömmliche Finanzausstattung der Kommunen langfristig gesichert werden kann, gilt dies zum Beispiel auch für die wiederkehrende Zuweisung neuer Aufgaben durch den Bund und die verbindliche Klärung der Reichweite des Konnexitätsprinzips in diesen Fällen. Schließlich ist auch eine Befassung mit den - vom Landkreistag in der Vergangenheit immer wieder eingeforderten - Themen des Aufgaben-, Standard- und Bürokratieabbaus sowie der Funktionalreform notwendig. Neben der finanziellen Situation der öffentlichen Haushalte dürfte es in den kommenden Jahren der Fach- und Arbeitskräftemangel sein, der zu einem kritischen Hinterfragen des aktuellen Aufgabenbestandes aller staatlichen Ebenen zwingt.

Herzlichst Ihr

Dr. Sönke E. Schulz

Inhalt

Editorial 1
 Sinn für Bürgerbeteiligung? . . 2
 Erfassung von PV-Freiflächen mit
 Flächenmanagementkataster. . 3
 Kurznachrichten 4
 Termine 4

SINN FÜR BÜRGERBETEILIGUNG?

CLAUDINE NIERTH

LANDES- UND BUNDESVORSITZENDE MEHR DEMOKRATIE E.V.

Die Stärkung des kommunalen Ehrenamts und der Funktionsfähigkeit der ehrenamtlichen Gemeindevertretungen und Kreistage hat das Landesverfassungsgericht in seinem Urteil vom 2. Februar 2024 hervorgehoben. Im Vordergrund steht die Förderung der repräsentativen Demokratie. Das ist auch gut so und rechtlich nachvollziehbar.

Die Beteiligung der Bürger durch Bürgerbegehren und Bürgerentscheide hat lediglich eine ergänzende Funktion. Verglichen mit anderen Bundesländern werden diese ergänzenden Mittel in Schleswig-Holstein sehr selten angewendet. Im Schnitt gibt es pro Jahr 12 Bürgerentscheide im Land. Davon geht ungefähr die Hälfte im Sinne der Initiatoren aus. Das ist sehr überschaubar und letztendlich auch auf eine hohe Zufriedenheit der Bürger mit ihrer Kommunalpolitik zurückzuführen. Sehr erfreulich für den Norden.

Dennoch gibt es immer wieder Gemeinden oder auch Kreistage, die es versäumen ihre Sorgen, Lösungsansätze und Projektvorhaben möglichst früh mit den Einwohnern zu kommunizieren, um deren Kompetenz, Akzeptanz und Hinweise konstruktiv miteinzubeziehen.

Wenn beispielsweise eine Gemeinde jahrelang einen neuen Kitastandort sucht und die Bürger erst davon erfahren, wenn der erste Bagger rollt, dann ist das vor allem ein Kommunikationsproblem, das dann in einem Interessenskonflikt und Bürgerentscheid münden kann. Konfliktfreie Beispiele binden jedoch möglichst früh die Bürger ein. Wie zum Beispiel die Stadt Rottweil mit über 25.000 Einwohnern in Baden-Württemberg. Die Stadt hat sich für den Standort und Bau eines Gefängnisses, einer neuen JVA, beim Land beworben und zwar mit dem Rückhalt der Bevölkerung. Sie hat ihr Vorhaben in professionellen Formaten erst mit den Einwohnern besprochen, dann gemeinsam mit den Bürgern den besten Standort ausgesucht, alle Vor- und Nachteile für die Stadt abgewogen und im letzten Schritt per Ratsbegehren einen Bürgerentscheid angesetzt. Mit Erfolg. Die JVA befindet sich jetzt kurz vor Baubeginn.

Was die sinnvolle, konstruktive Einbindung der Bürger betrifft ist Baden-Württemberg zur Zeit Vorreiter unter den Bundesländern. Mit einer vom Land neueingerichteten „Servicestelle Bürgerbeteiligung“, kann sich jede Kommune beraten und unterstützen lassen. Um schnell und gut die Gemeinden unterstützen zu können, hilft die Servicestelle bei der Beratung, Ausschreibungen und Kostenübernahme für frühe Bürgerbeteiligung. Das Erfolgsrezept: Wer früh den Dialog - professionell und

extern moderiert - mit den Bürgern organisiert, kann Interessenskonflikte erkennen, gemeinsam konstruktive Lösungen suchen und Polarisierung in den Kommunen vermeiden.

Zufällig zusammengesetzte Bürgerforen oder sogenannte Bürgerräte machen hier gerade Furore, denn sie bringen vor allem jene Menschen an einen Tisch, die eher leise im politischen Raum sind. Vorhabenträger, Planungsbüros oder Investoren wissen frühe Beteiligung mehr und mehr zu schätzen, weil die Vorhaben durch die Einbindung vieler Blickwinkel in der Regel besser werden und die Akzeptanz im Ort wächst.

Und der Nebeneffekt ist beachtlich: Die meisten Menschen, die Teil eines solchen frühzeitigen Beteiligungsprojektes waren, bleiben politisch interessiert! Sie beginnen sich ehrenamtlich zu engagieren und finden den Mut in die Kommunalpolitik einzusteigen.

„Wer gefragt wird, wendet sich nicht ab“ ist das Motto zum Erfolg. Dieses Demokratieprinzip konsequent verinnerlicht, stärkt den Zusammenhalt in den Gemeinden und Kreisen und macht so manchen Bürgerentscheid überflüssig, weil Konflikte schon im Vorfeld gelöst werden können.



Claudine Nierth (Jahrgang 67), ist Bundesvorsitzende und Sprecherin von Mehr Demokratie e.V. und setzt sich seit Jahren für direkte Demokratie und Bürgerbeteiligung durch geloste Bürgerräte ein. Mit Mehr Demokratie initiierte sie mehrere

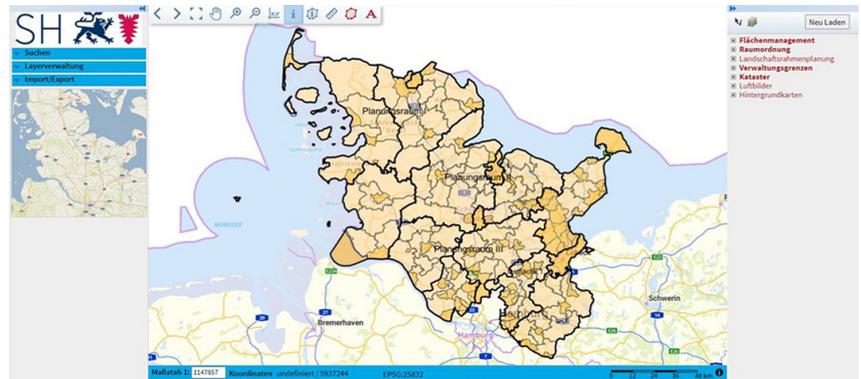
erfolgreiche Volksbegehren und die ersten beiden losbasierten Bürgerräte auf der Bundesebene sowie den Bürgerrat Ernährung für den Bundestag. 2018 erhielt Claudine Nierth für Ihr Engagement von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier das Bundesverdienstkreuz. Sie ist Politaktivistin, Künstlerin und Autorin. Ihr Schwerpunkt liegt in der Gestaltung sozialer Prozesse. Ihre beiden Bücher Die Demokratie braucht uns! Und Die zerrissene Gesellschaft sind 2021 und 2023 im Goldmann Verlag erschienen.

ERFASSUNG VON PV-FREIFLÄCHEN MIT FLÄCHEN-MANAGEMENTKATASTER: GEMEINDEN IN SCHLESWIG-HOLSTEIN LEISTEN IHREN BEITRAG FÜR EINE NACHHALTIGE ENERGIEZUKUNFT

JÖRG RUDAT
HANSEWERK

Die Förderung erneuerbarer Energien ist ein zentraler Bestandteil unserer Bemühungen zur Neugestaltung der Energielandschaft. Insbesondere die Errichtung von Photovoltaik-Freiflächenanlagen wird hierbei eine entscheidende Rolle spielen, da sich die Regierungsparteien im aktuellen Koalitionsvertrag das ehrgeizige Ziel gesetzt haben, die installierte Leistung von Grünstrom bis zum Jahr 2030 von derzeit 10.000 MW auf 30.000 MW zu verdreifachen. Neben der Windkraft wird der größere Teil dieses Zuwachses durch Freiflächen-Photovoltaikanlagen realisiert werden.

Allerdings ist die Erzeugung von Grünstrom zur Erreichung der Klimaschutzziele allein nicht ausreichend, wenn die entsprechende Stromnetzinfrastruktur fehlt. Um drohenden Netzengpässen entgegenzuwirken, plant die SH Netz den Bau von 21 großen Umspannwerken, 100 kleinen Umspannwerken sowie bis zu 1.000 Kilometern neuen Stromleitungen. Durch die Regionalpläne für Windenergie erhalten die Netzbetreiber frühzeitig Kenntnis über sich in Planung befindliche Anlagen und werden hierdurch über die benötigten Übertragungskapazitäten informiert. Dies gestaltet sich bei der Freiflächen-PV anders. Durch den bewussten Verzicht auf eine zentrale Regionalplanung für Freiflächen Photovoltaikanlagen, soll die Dynamik des Ausbaus nicht gebremst werden. Stattdessen sollen die Gemeinden die Entscheidungshoheit darüber behalten, wo und in welchem Umfang solche Anlagen gebaut werden können. Diese Herangehensweise, die auf den ersten Blick nachvollziehbar erscheint, stellt die Netzbetreiber vor die Herausforderung, nicht rechtzeitig die benötigte Anschlussinfrastruktur zu planen und aufbauen zu können. Dabei erfordert der Netzausbau mehr Zeit als der Bau der Anlagen selbst. Um möglichst frühzeitig die zuständigen Netzbetreiber über mögliche PV-Freiflächenprojekte im eigenen Gemeindegebiet wurde der PV-Freiflächenatlas im Flächenmanagementkataster (FMK SH) der Landesplanung Schleswig-Holstein initiiert. Bis zum März dieses Jahres haben sich insgesamt 12 Kreise bzw. kreisfreie Städte, 33 Ämter sowie 52 Gemeinden im Flächenmanagementkataster registriert, um hier neben ihren allgemeinen Flächenpotenzialen, ebenfalls PV-Freiflächenprojekte zu erfassen und fortzuschreiben.



Benutzeroberfläche des Flächenmanagement-Kataster Schleswig-Holstein (FMK SH)
Quelle: Innenministerium

Die Initiative zur Schaffung des PV-Freiflächenatlases geht auf die Arbeitsgruppe "PV-Dialog" zurück, in der die SH Netz gemeinsam mit dem Schleswig-Holsteinischen Gemeindetag und dem Schleswig-Holsteinischen Landkreistag kooperiert. Der PV-Dialog dient als Plattform, um über Neuerungen und Herausforderungen im Kontext von PV-Freiflächenanlagen zu diskutieren.

Die frühzeitige Eintragung der aktuellen Planungsstände von PV-Freiflächenprojekten liegt im Interesse der Gemeinden, da so eine bessere Integration in die Netzausbauplanung ermöglicht wird, was wiederum den Anschluss der Anlagen beschleunigt. Der PV-Freiflächenatlas bietet den Gemeinden zudem einen Überblick über bestehende und geplante PV-Projekte im jeweiligen Einzugsbereich. Die browserbasierte Anwendung ist kostenlos, erfordert keine Installation und gewährleistet durch ein ausgeklügeltes Rollen- und Rechte-Management die Sicherheit der Daten. Der Atlas erlaubt die Erfassung relevanter Daten, darunter der Reifegrad des Planungs- und Genehmigungsverfahrens, die Anlagenleistung, die genaue Fläche und die verantwortlichen Projektentwickler. Die eingetragenen Daten sind ausschließlich für Netzbetreiber, Genehmigungsbehörden und die eintragende Gemeinde sichtbar.

Interessierte Kreisverwaltungen und Gemeinden erhalten ihre Anmeldedaten auf Anfrage und können sich in einer wöchentlichen Sprechstunde zur Web-Anwendung informieren. Für Fragen steht Inis Jansen vom Projekt „Nachhaltiges Flächenmanagement“ zur Verfügung, erreichbar unter der Telefonnummer 0431-988 1833 oder per E-Mail: inis.jansen@im.landsh.de. Für spezifische Fragen zum PV-Freiflächenatlas steht Sebastian Buch unter der Telefonnummer 04307-821268 oder per E-Mail: buch@esn.de zur Verfügung. Weitere Informationen über das FMK SH sind online unter schleswig-holstein.de - Flaechenmanagementkataster - verfügbar.

KURZNACHRICHTEN

„Einsteigen bitte! Nachhaltige Mobilität in Kommunen umsetzen!“

Das mobiliteam by NAH.SH und die Metropolregion Hamburg bieten gemeinsam ein kompaktes Grundlagen-Seminar zum Kommunalen Mobilitätsmanagement an. In dem 1-Tages-Seminar „Einsteigen, bitte! Nachhaltige Mobilität in Kommunen umsetzen“ erhalten diese Basis-Wissen: „Wozu benötigen Kommunen Kommunales Mobilitätsmanagement? Was sind die Ziele? Welche Aufgaben sind damit verbunden – was macht ein/e Mobilitätsmanager*in?“

Vier Termine stehen für 2024 fest: 30. April und 27. Mai in Bordesholm sowie 13. Mai und 12. Juni in Neumünster. Das Angebot richtet sich sowohl an hauptamtlich Beschäftigte als auch ehrenamtlich Tätige. Anmeldung über das Kompetenzzentrum für Verwaltungs-Management (KOMMA).

Seminar - Einsteigen, bitte! Nachhaltige Mobilität in Kommunen umsetzen (komma-sh.de)



TERMINE

➔ APRIL

Di./Mi. 09./10.04.

DLT Sozialausschuss, Landkreis Verden

Mo./Di. 15./16.04.

DLT Verfassungs- und Europaausschuss

Di./Mi. 16./17.04.

DLT Wirtschafts- und Verkehrsausschuss, Dithmarschen

Do./Fr. 18./19.04

DLT Gesundheitsausschuss, Anhalt-Bitterfeld

Mo./Di. 22./23.04.

DLT Kulturausschuss, Saale-Holzland-Kreis

Di. 23.04.

Bau- und Umweltausschuss 1/2024, Kiel

Di./Mi. 23./24.04.

DLT Finanzausschuss

Fr. 26.04.

Mitgliederversammlung 1/2024, Plön

Mo./Di. 29./30.04.

Landräterunde 3/2024, Klausurtagung Neustadt

Mo./Di. 29./30.04.

DLT Umwelt- und Planungsausschuss, Landkreis Sömmerda

Alle Termine für 2024 finden Sie unter:

www.sh-landkreistag.de/aktuelles/termine/

dataport
kommunal



**An Ihrer Seite für eine
innovative Verwaltung**

Wir gestalten die digitale Zukunft vor Ort.
www.dataport-kommunal.de